



SPÖ

Europa fair gestalten.

Das SPÖ-Programm
für die Europawahl 2024.



9. JUNI

SPÖ



**Europa
fair gestalten**



Gemeinsam machen wir Europa besser - fair, sozial und demokratisch!	4
Europa gemeinsam fair gestalten	7
Für ein starkes, soziales und demokratisches Europa	7
Für ein Europa der Menschen und der Gerechtigkeit	8
Für ein leistbares Leben	8
Für Steuergerechtigkeit und Wohlstand für alle	8
Für ein nachhaltiges Europa	10
Unser Team für Europa	11
Leistbares Leben in einem sozialen Europa gestalten	13
Ein soziales Europa bauen	13
Sofortmaßnahmen für ein leistbares Leben	13
So wollen wir Europa fairer machen	14
Ausverkauf von öffentlichem Gut beenden	15
Für ein Europa der Klimagerechtigkeit	16
Sicherheit und Respekt für arbeitende Menschen	19
Ein faires Europa für alle	19
Ein Europa, das fair wirtschaftet und handelt	20
Fiskalregeln und Ende der Austeritätspolitik	22
Für ein neutrales Österreich in einem geeinten Europa	23
Humanismus und klare gemeinsame Regeln	25
Politik der aktiven Rechtsdurchsetzung im Asylbereich auf EU-Ebene	25
Die europäische Demokratie stärken	26

Gemeinsam machen wir Europa besser – fair, sozial und demokratisch!

Bei der Europawahl, der größten länderübergreifenden Wahl der Welt, geht es um viel. Gemeinsam entscheiden Millionen von Bürger*innen der Europäischen Union über die Zukunft Europas.

Wir stehen am 9. Juni vor einer wichtigen Richtungsentscheidung. Leben wir künftig in einem Europa der Spaltung, Abschottung und rollenden Angriffe auf Demokratie und Menschenrechte? Einem Europa, in dem Rechtspopulisten, Autokraten und Zerstörer am Ruder sind? Leben wir in einem Europa, in dem die Profitinteressen von Großkonzernen und Lobbys im Mittelpunkt stehen? Einem Europa, in dem die Konservativen und Neoliberalen das Sagen haben? Oder leben wir in einem fairen Europa, das den Menschen in Österreich ein gutes und leistbares Leben bringt. Einem Europa, das dank einer starken und selbstbewussten Sozialdemokratie stärker, demokratischer und sozialer ist!


Am 9. Juni steht viel von dem auf dem Spiel, worauf wir in Europa stolz sein können. In den vergangenen Jahren haben wir Sozialdemokrat*innen im Europäischen Parlament gegen den Widerstand der Konservativen und Rechten viel für die Menschen durchgesetzt. Darunter wichtige Errungenschaften wie die Lohntransparenz-Gesetze oder die europaweiten Mindestlöhne in Ländern mit geringer Kollektivvertragsabdeckung. Der drohende Rechtsruck ist eine massive Gefahr. Sozialpolitische Errungenschaften sind genauso bedroht wie grundlegende Freiheits- und Menschenrechte. Auch der Schutz unserer Lebensgrundlagen droht unter die Räder zu kommen, daher stehen wir für einen Grünen Deal mit rotem

Herz. Es liegt an uns Sozialdemokrat*innen, den rechten Zerstörern die Rote Karte zu zeigen und Europa sozial und gerecht zu machen. Wir Sozialdemokrat*innen arbeiten mit Herz und Hirn, wir haben die richtigen Antworten und das beste Europa-Team mit viel Erfahrung und Elan.

Nach Jahrzehnten einer konservativ-neoliberalen Dominanz im Europäischen Parlament ist es Zeit für ein Europa, das die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht die Wünsche der Konzerne und Finanzmärkte. Das ist nur durch eine starke SPÖ möglich. Mit vorliegendem Programm zeigen wir, was wir unter einem Europa der Menschen verstehen. Wir wollen ein Europa, in dem die Großkonzerne endlich ihre Steuern zahlen – wie es jeder Würstelstand und jedes Kaffeehaus tut. Wir wollen ein Europa, in dem Schluss ist mit Steuergeschenken und Steuersümpfen für Millionäre und Großkonzerne. Wir wollen ein soziales Europa, wo in die zügellosen Märkte eingegriffen wird, damit das Leben in Österreich leistbar ist. Wir wollen ein Europa, das bei der Produktion lebenswichtiger Güter nicht von China oder Indien abhängig ist. Wir wollen ein Europa, in dem es Respekt und Sicherheit für die arbeitenden Menschen in Österreich gibt. Dafür kämpfen wir gemeinsam mit unserem Spitzenkandidaten Andreas Schieder und Evelyn Regner, der Vizepräsidentin des EU-Parlaments, und unserem starken Europa-Team. Gemeinsam machen wir Europa noch besser – stärker, sozialer und demokratischer!

Andreas Babler
SPÖ-Bundespartei vorsitzender



A portrait of Andreas Schieder, a middle-aged man with short grey hair, wearing a dark grey suit jacket over a light blue button-down shirt. He is looking directly at the camera with a slight smile. A small Austrian flag pin is visible on his lapel. The background is a soft, out-of-focus light blue.

„Ein soziales Europa gibt es nur mit einer starken Sozialdemokratie. Ich will ein Europa, das zusammensteht und den Aufbruch in eine neue soziale Gerechtigkeit verwirklicht.“

Andreas Schieder
SPÖ-Spitzenkandidat
für die Europawahl



9. JUNI

Andreas 
Schieder

Europa gemeinsam fair gestalten

Die Europäische Union ist das Versprechen für Frieden, Sicherheit und Freiheit in Europa. Unsere gemeinsamen Werte - Demokratie, Menschenrechte und Grundfreiheiten - sind die zentralen Pfeiler der europäischen Gemeinschaft.

Doch dieses Versprechen und diese gemeinsamen Werte sind in Gefahr: Autoritäre und rechtsextreme Kräfte bedrohen das, was wir geschaffen haben. Sie bedrohen, wofür Europa im Kern steht.

Dabei ist völlig klar: Kein Land kann den aktuellen Herausforderungen allein begegnen. Wie wir mit der Teuerung, der Klimakrise und der Digitalisierung umgehen, hängt maßgeblich davon ab, wer in der EU das Sagen hat.

Und darum sind die Wahlen zum Europäischen Parlament eine Richtungsentscheidung. Wir Sozialdemokrat*innen setzen uns mit aller Kraft für ein gutes Leben für alle ein und stemmen uns gegen den drohenden Rechtsruck. Wir verteidigen unsere gemeinsamen Werte, stärken die Demokratie und kämpfen für stärkere soziale Grundrechte und einen sozialen Schutzschild. Gemeinsam werden wir die dringend notwendigen Veränderungen gestalten, um die Europäische Union nach den Bedürfnissen der Menschen auszurichten und Europa fairer zu machen. Europa ist das, was wir daraus machen!

Für ein starkes, soziales und demokratisches Europa

Die Krisen der vergangenen Jahre haben den Österreicher*innen viel ab-

verlangt: der Ukraine-Krieg, die Rekordteuerung, die Pandemie und die Erderhitzung sind nur einige Faktoren, die große Unsicherheit mit sich bringen. Rechte und Rechtsextreme instrumentalisieren diese Krisen und nutzen sie aus. Sie blasen zum Angriff auf unsere demokratischen Institutionen, unsere Errungenschaften, verbreiten Falschinformationen, wollen Klimaschutzmaßnahmen verhindern und das gemeinsame Europa zerstören. Die unabhängige Justiz, Pressefreiheit, soziale Sicherheit, Frauenrechte und Rechte von Minderheiten sind nicht nur gefährdet - sie werden in vielen Mitgliedsstaaten der EU aktiv ausgehöhlt und abgebaut. Die konservativen Kräfte, in Österreich und auch im Europäischen Parlament, paktieren immer öfter mit den rechtspopulistischen Parteien und machen sich zum Steigbügelhalter dieser schädlichen Politik.

Wir kämpfen für Demokratie und soziale Sicherheit und gegen Hass und Hetze. Wir werden Österreich und Europa nicht jenen überlassen, die unsere Werte zerstören und Europa schwächen wollen. Wir stellen das Gemeinsame vor das Trennende und machen Europa besser und gerechter. Weil wir wissen, dass wir zusammen stärker sind, und ein kleines Land wie Österreich die großen Herausforderungen nur gemeinsam bewältigen kann. Und weil wir wissen, dass ein Europa, das sich um die Menschen und ihre Probleme kümmert, gute, hochwertige Arbeitsplätze schafft, Frauen stärkt und soziale Sicherheit bietet, das beste Mittel gegen Rechtsruck, Rassismus und Spaltung ist.

Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode des Europäischen Par-

laments mit unserer Erfahrung und großem Einsatz viel erreicht. Mit der Mindestlohnrichtlinie wird die Kollektivvertragsabdeckung EU-weit erhöht und wir sagen Lohn- und Sozialdumping in der gesamten EU den Kampf an. Durch verpflichtende Lohntransparenz garantieren wir gleiche Bezahlung von Männern und Frauen und schließen endlich nachhaltig die Lohnschere. Und mit dem Gewaltschutzpaket, der Absicherung von Plattformbeschäftigten und der Europäischen Kindergarantie sorgen wir für Sicherheit und Chancen. Wir haben auch unser Versprechen gehalten, Licht in den Konzernsteuerdschungel zu bringen. Mit einem neuen EU-Gesetz können es sich die großen Multis nicht mehr so richten, wie sie es gerne hätten. Diese wichtigen Meilensteine tragen nicht nur unsere sozialdemokratische Handschrift, sondern sind unsere Initiativen. Sie sind Motivation und Ansporn, uns mit ganzer Kraft für eine Union der Gerechtigkeit einzusetzen und unsere Vision eines fairen Europas zu verwirklichen. Und sie zeigen: Es macht einen Unterschied, wer in Europa das Sagen hat.

Für ein Europa der Menschen und der Gerechtigkeit


Mit dem vorliegenden Programm, das wir unter Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit gemeinsam mit vielen Expert*innen aus den Bereichen Soziales, Wirtschaft und Umwelt zusammengestellt haben, legen wir unseren Plan für ein Europa der Menschen und der Gerechtigkeit vor. Diesen Plan werden wir in den nächsten fünf Jahren mit viel Erfahrung und Begeisterung umsetzen. Denn wir wissen: Nur eine starke Sozialdemokratie kann den Rechtsruck verhindern und für den Aufbruch in eine neue soziale Gerechtigkeit und für die Gleichstellung von Frauen sorgen. Nur eine starke Sozialdemokratie kann die Kraft der Vielen entfalten und so sicherstellen, dass Europa nach den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet wird.

Für ein leistbares Leben

Europa fair gestalten heißt für uns, die Teuerung zu bekämpfen und für ein leistbares Leben zu sorgen. Die Teuerungskrise zeigt, dass mit der Marktgläubigkeit der Konservativen und Neoliberalen endlich Schluss sein muss. Europa darf sich nicht dem Profitstreben der Lobbyisten und Großkonzerne unterwerfen, sondern muss in den Markt eingreifen, wenn die Preise verrücktspielen. Übergewinne von Energiekonzernen müssen abgeschöpft werden, damit wir die Menschen entlasten können. Energiepreise müssen sich an den Gestehungskosten (= Herstellungskosten) orientieren und dürfen nicht von Finanzmärkten abhängen. Grundbedürfnisse wie Wohnen, Lebensmittel und Energie müssen immer für alle Menschen leistbar sein.

Für Steuergerechtigkeit und Wohlstand für alle

Europa fair gestalten heißt, die Macht der internationalen Großkonzerne zu brechen und damit den Wohlstand zu sichern und Armut zu bekämpfen. Es ist unser Alleinstellungsmerkmal, dass wir die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt stellen und nicht die Interessen der multinationalen Konzerne. Wir werden Steuerschlupflöcher ein für alle Mal schließen, Gewinnverschiebung unterbinden und internationale Großkonzerne zur Kassa bitten. Der Ausbau der Rechte von Arbeitnehmer*innen entlang der Lieferkette ist dabei unser Fundament und verhindert weltweit Ausbeutung, Missbrauch und Umweltzerstörung. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Nur wenn alle einen fairen Beitrag leisten und auch ihren gerechten Anteil an Steuern zahlen, können wir Wohlstand in Europa garantieren und ausbauen.

A portrait of Evelyn Regner, Vice President of the European Parliament, smiling and wearing a light blue blazer with a European Union flag pin. Her arms are crossed.

„Wenn wir gestalten, geht in Europa etwas weiter. Nur eine starke SPÖ ist Garantin dafür, dass die Anliegen der breiten Bevölkerung und der Beschäftigten eine verlässliche Vertretung in Europa haben und nicht nur die Interessen der Konzerne zählen.“

Evelyn Regner
Vizepräsidentin des
Europäischen Parlaments



9. JUNI

Evelyn
Regner

Für ein nachhaltiges Europa

Europa fair gestalten heißt außerdem, Nachhaltigkeit zu stärken und Unabhängigkeit zu garantieren. Der Kampf gegen die profitgetriebene Erderhitzung muss in Europa höchste Priorität haben. Dafür müssen wir den Meilenstein „Green Deal“ gegen die Blockaden von ÖVP und FPÖ mit Leben erfüllen, eine Just Transition, also einen gerechten Übergang, sicherstellen und in die sozial verträgliche Energiewende investieren. EU-weite Investitionen braucht es auch in Forschung und Entwicklung im Gesundheitsbereich. Europa muss bei der Produktion von Medikamenten und medizinischer Ausrüstung vom Weltmarkt unabhängig werden.

Wir laden alle Menschen in Österreich ein: Sagen wir Ausgrenzung, Nationalismus und Chauvinismus gemeinsam den Kampf an. Setzen wir uns für unsere europäischen Errungenschaften ein, schützen wir die Demokratie und stärken wir die sozialen Grundrechte sowie die Frauenrechte und Diversität. Machen wir unsere Union besser und gerechter und sorgen wir für Zuversicht und Sicherheit. Sorgen wir für eine gute Zukunft für alle – indem wir Europa gemeinsam fair gestalten.

Andreas Schieder

SPÖ-EU-Delegationsleiter
Spitzenkandidat der SPÖ
für die Europawahl

Evelyn Regner

Vizepräsidentin des Europäischen
Parlaments



Günther Sidl



Elisabeth Grossmann



Hannes Heide



Claudia Arpa



Philipp Kreinbacher-Tyler



Eva Steibl-Egenbauer



Julian Krismer



Sabine Klausner



Thomas Kattinig



Michaela Kauer

Unser Team für Europa

1 Andreas Schieder

2 Evelyn Regner

3 Günther Sidl

4 Elisabeth Grossmann

5 Hannes Heide

6 Claudia Arpa

7 Philipp Kreinbacher-Tyler

8 Eva Steibl-Egenbauer

9 Julian Krismer

10 Sabine Klausner

11 Thomas Kattinig

12 Michaela Kauer

13 Dominik Szecsi

14 Fiona Schindl

15 Andreas Preiml

16 Karin Leitner

17 Josef Sailer

18 Judith Knabl

19 Gregor Salinger

20 Sophia Reisecker

21 Peter Florianschütz

22 Carina Mayerhofer-Leitner

23 Bertan Özcan

24 Sabrina Winter

25 Georg Hinterschuster

26 Pia Maria Wieninger

27 Daniel Liebhart

28 Patricia Katsulis

29 Ahmed Farid

30 Eveline Huber

31 Philipp Helmut Kapfer

32 Lena Wimmreuter

33 Georg Schlager

34 Cornelia Kratzer

35 Gerald Cuny-Kreuzer

36 Pia Mayr

37 Christian Kaiserseder

38 Christina Müller

39 Daniela Haunold

40 Simone Erne

41 Beverley Allen-Stingeder

42 Paul Stich



Leistbares Leben in einem sozialen Europa gestalten

Ein soziales Europa bauen

Die Preise steigen, das tägliche Leben wird teurer und immer mehr Menschen wissen nicht mehr, wie sie ihre Miet- und Heizkosten stemmen oder den nächsten Lebensmitteleinkauf bezahlen sollen. Wir sind überzeugt, dass es auch auf Ebene der Europäischen Union Markteingriffe geben muss, um das Leben wieder leistbar zu machen und die Teuerungskrise zu überwinden.

Die europäische Demokratie wird nur Bestand haben, wenn sie auf einem starken sozialen Fundament steht. Das Leben muss für die Menschen leistbar sein und wo der Markt das nicht gewährleisten kann, muss die Politik eingreifen. Wenn der allgemeine Lebensstandard und die Kaufkraft der Bevölkerung sinken, läuft etwas grundfalsch. Wir werden als Sozialdemokrat*innen weiterhin gegen diese Fehlentwicklungen entschlossen ankämpfen.

Wir engagieren uns tagtäglich und mit viel Leidenschaft für ein Europa der Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit. Wir wollen die Europäische Union so weiterentwickeln, dass soziale Rechte und Standards ins Zentrum ihres Selbstverständnisses rücken. Die Säule der sozialen Rechte muss gestärkt werden, um die Gesundheit, die Sicherheit und die Lebensbedingungen der Menschen in Europa unter krisenhaften Bedingungen zu schützen. Diese Säule muss ein Schutzschild für alle sein.

Als Sozialdemokrat*innen setzen wir uns für eine Ergänzung der EU-Verträge durch ein soziales Fortschrittsprotokoll

ein, um den sozialen Grundrechten Vorrang gegenüber den vier Freiheiten des Binnenmarktes einzuräumen.

Eine „Union der sozialen Rechte“ muss endlich Realität werden. Erregenschaften wie die Lohntransparenzrichtlinie, die Europäischen Mindestlöhne, die vor allem auf mehr Kollektivvertragsabdeckung zielen, das Gewaltschutzpaket und das Lieferkettengesetz müssen in allen Mitgliedsstaaten umgesetzt und gelebtes Recht werden. Vor allem auch in Österreich werden so mehr Frauen in Führungspositionen kommen.

Sofortmaßnahmen für ein leistbares Leben

- EU-Soforthilfe für Familien, die am stärksten von Armut betroffen sind (vor allem in Zusammenhang mit Energiepreisen und der Teuerung)
- Das Merit Order-System funktioniert nicht und muss der Vergangenheit angehören: Der Strom, der mit erneuerbarer Energie erzeugt wird, muss vor künstlich hervorgerufenen Preisanstiegen geschützt werden und die echten Gesteuerungskosten müssen wieder eine Rolle spielen. Die Energiepreise haben sich in Europa künftig an den Durchschnittskosten der Erzeugung zu orientieren. Phantasipreise an den Börsen schaden nicht nur den Menschen, sondern auch der europäischen Wirtschaft im Vergleich mit anderen Kontinenten der Welt.

- Das Recht auf ein warmes Zuhause. Wir wollen ein EU-weites Verbot, Personen Gas, Strom oder Fernwärme abzuschalten, da es ein Grundrecht ist, leistbare Wärme und bezahlbaren Strom zu haben. Niemand soll sich zwischen Essen, Heizen und Wohnen entscheiden müssen. Für diesen Grundbedarf sind die Preise zu regulieren.
- Preisregulierung für Gasimporte, um die Rechnungen für die Verbraucher*innen zu senken: Der Einsatz für bezahlbare und zuverlässige Energieversorgung ist eine Priorität für uns.
- Kampf gegen Kinderarmut und Umsetzung der Europäischen Kindergarantie, um sicherzustellen, dass jedes Kind in Europa Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben hat.

So wollen wir Europa fairer machen

- Vorrang sozialer Grundrechte und Absicherung der Arbeitnehmer*innenrechte vor den vier Freiheiten des Binnenmarktes über eine Ergänzung der EU-Verträge durch ein „soziales Fortschrittsprotokoll“. Dieses soll die Europäische Union zu einem Europa weiterentwickeln, das soziale Rechte und Standards in den Mittelpunkt des politischen Handelns rückt.
- Verbesserung der Entsenderichtlinie im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort und voller Sozialversicherungsschutz für entsandte Arbeitnehmer*innen (auch bei virtuellen Entsendungen). Keine Scheinentsendungen: Mindestbeschäftigungsdauer im Herkunftsland von drei Monaten vor der Entsendung. Verpflichtung nationaler Behörden zur Zusam-

menarbeit beim grenzüberschreitenden Vollzug gegen betrügerische Unternehmen.

- Verbesserung der EU-Vergaberegulungen: Wir wollen, dass Regionalität sowie soziale und ökologische Kriterien verpflichtend zu beachten sind und Kollektivvertragsabschlüsse in Ländern mit niedrigerer KV-Abdeckungsichte als Österreich damit fördern.
- Stärkung und verbindliche Umsetzung der Säule sozialer Rechte und die Weiterentwicklung zu einem robusten Instrument, das die Gesundheit, Sicherheit und Lebensbedingungen der Menschen schützt. Dabei müssen wir auf der Porto-Erklärung aufbauen, die bis 2030 drei wichtige soziale Ziele definiert: eine Beschäftigungsquote von mindestens 78 Prozent in der EU; die Teilnahme von mindestens 60 Prozent aller Erwachsenen an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen pro Jahr und die Reduzierung der Zahl von durch Armut oder soziale Ausgrenzung bedrohten Menschen um mindestens 15 Millionen, davon mindestens fünf Millionen Kinder. Doch das ist nicht genug. Wir machen uns für weitere Ziele stark, etwa die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, eine tarifvertragliche Abdeckung von mindestens 80 Prozent, die Verhinderung tödlicher Arbeitsunfälle und das Ende der Obdachlosigkeit bis 2030. Diese Ziele sind ständig weiterzuentwickeln und generell leistbares Leben zu einem Ziel der EU zu erklären: Wohnen darf nicht mehr als 35 Prozent des Einkommens ausmachen, sonst braucht es Maßnahmen.

→ Die „Union der Gerechtigkeit/Fairness“ muss Realität werden: Anfangen von der raschen und ambitionierten Umsetzung der Lohntransparenzrichtlinie, um endlich die Lohnschere zwischen Männern und Frauen in der EU zu schließen und der Einführung europäischer Mindestlöhne, um Kollektivverträge zu stärken und Lohn- und Sozialdumping entgegenzuwirken über Verbesserungen für Plattformarbeiter*innen und die Stärkung von Betriebsrät*innen bis zum Beschluss, mehr Frauen in Führungspositionen zu bekommen – all das muss so rasch wie möglich von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Auch die von der Kommission vorgelegten Vorschläge zur Verbesserung der Rechte des Europäischen Betriebsrats sowie zu verbesserten Arbeitsbedingungen von Praktikant*innen sollen möglichst schnell beschlossen und umgesetzt werden. Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von intersektionalen Diskriminierungen und Maßnahmen im Sinne der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern werden benötigt.

→ Vorrang für Bildung: Bildung ist nicht nur für die europäische Wirtschaft der wertvollste Rohstoff. Sie ermöglicht Menschen ein besseres Leben und ist ein zentrales verbindendes Element für unsere Werte und das Zusammenleben. Europa muss daher eine solidarisch-leistungsstarke Bildungsgemeinschaft werden. Eine hochwertige Grund- und Sekundarbildung muss europaweit garantiert, ERASMUS+ Programme müssen ausgebaut und die Umsetzung der Barcelona-Ziele konsequent verfolgt werden. Die großen Herausforderungen der Zukunft werden ohne Innovationen nicht leichter lösbar werden. Wir brauchen daher auch mehr Mittel für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung.

Ausverkauf von öffentlichem Gut beenden

In den letzten fünf Jahrzehnten wurde die Privatisierung und die Liberalisierung von öffentlicher Daseinsvorsorge in der Europäischen Union praktiziert, unterstützt durch die Europäische Kommission und vorangetrieben durch zahlreiche Liberalisierungsrichtlinien. Sämtliche Bereiche waren betroffen: Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung, Verkehr, Gesundheitsdienste und Pflegeeinrichtungen – mit teils verheerenden Folgen. Denn während „freier Wettbewerb“ und „mehr Auswahl“ für die Konsument*innen propagiert wurden, war die Bilanz eine andere. Um private Gewinne zu ermöglichen, kam es zu mangelnden Investitionen in die Infrastruktur und dadurch zu massiven Qualitätsmängeln. Starker Arbeitsplatzabbau und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in den Unternehmen gingen damit ebenfalls einher und letztlich blieben Preiserhöhungen für die Konsument*innen über. Die Kommunen bekamen die schlechtere Qualität und den Unmut der Bevölkerung zwar zu spüren, doch sie hatten die Steuerungshoheit über die Dienstleistungen verloren.

Deshalb kam es verstärkt zu einer Trendumkehr und viele Gemeinden und Städte übernahmen wieder die Verantwortung. Auch Metropolen wie London, Paris oder Madrid haben unterschiedlichste Leistungen in den vergangenen Jahren rekommunalisiert. Seit dem Jahr 2000 haben allein in 20 europäischen Ländern über 700 Rekommunalisierungen stattgefunden. Am stärksten hat sich dieser Trend im Energiebereich durchgeschlagen mit 298 dokumentierten Fällen.

Es gilt daher, endgültig mit der falschen Praxis der Privatisierung zu brechen und unser öffentliches Eigentum wieder zu stärken. Schützen wir, was uns allen gemeinsam gehört. Beenden wir private Gewinne mit Daseinsvor-

sorge und holen wir zurück, was der Allgemeinheit zusteht:

- Privatisierungsstopp von öffentlichem Hab und Gut
- Schützen wir unser Wasser: Wasserquellen dürfen nicht an private Investoren verkauft werden. Grundwasser ist nicht eigentumsfähig.
- Die Wasserversorgung darf nicht liberalisiert werden, auch nicht durch die Liberalisierung der Konzessionen.
- Daseinsvorsorge muss ihrem Namen gerecht werden und dient nicht zur Profitmaximierung.
- In Österreich sind Unternehmen der Stromversorgung zu mindestens 51 Prozent in öffentlicher Hand, um eine sichere Versorgung garantieren zu können. Weiten wir dieses Prinzip europaweit aus, angesichts der drohenden Klimakrise beispielsweise auf die Wasserversorgung.

Die Corona-Pandemie hat aufgezeigt, wie zentral die öffentliche Gesundheitsversorgung und der Zugang zu Arzneimitteln gerade in Krisenzeiten sind. Daher müssen Bestrebungen zu Privatisierungen auch in Gesundheitssystemen europaweit zurückgedrängt werden. Ziel ist es, die Gesundheit unserer Bürger*innen zu schützen und die Belastbarkeit der europäischen Gesundheitssysteme zu verbessern.

Wir fordern für ein gesundes Europa:

- Stärkere Kooperation und Aufbau einer europäischen Gesundheitsunion
- Anstelle von Abhängigkeit von anderen Regionen dieser Welt muss eine Selbstversorgung bei zentralen Medikamenten und Wirkstoffen treten.

- Die Europäische Union muss ihre strategische Unabhängigkeit stärken, damit es zu keinen Engpässen bei Grundmedikamenten und lebensrettenden Medizinprodukten kommt. Dazu gehören sichere Lieferketten wie auch die Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Forschung für eine nachhaltige pharmazeutische Industrie in Europa. Daher braucht es EU-weite Investitionen in medizinische Forschung sowie Vorratsbildung von notwendiger medizinischer Ausrüstung und Medikamenten. Wir unterstützen Initiativen für eine gemeinsame europäische öffentliche Forschung zu Impfstoffen, lebensrettenden Medikamenten und Antibiotikaresistenzen.
- Der Fokus in der Gesundheitspolitik muss auch auf Vorsorge und Prävention liegen, um Erkrankungen vorzubeugen.
- Eine europäische Strategie für psychische Gesundheit angesichts der Zunahme psychischer Belastungen und Erkrankungen

Für ein Europa der Klimagerechtigkeit

Die Klimakrise ist die größte globale Bedrohung der Menschheit und droht unsere Lebensgrundlage zu zerstören. Ob unsere Kinder eine Chance auf eine gute Zukunft haben, hängt davon ab, welche notwendigen Schritte wir jetzt setzen, um die profitgetriebene Erderhitzung zu stoppen.

Mithilfe des Europäischen Grünen Deals will Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent werden. Aber die Zeit drängt und daher müssen wir rasch die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die europäische Energieeffizienz zu verbessern, den Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern und CO₂-Emissionen zu verringern. Die Energieversorgung muss leistbar und zuverlässig

sein. Wir setzen uns dafür ein, dass der Grüne Deal qualitativ hochwertige Beschäftigung sichert und schafft. Das erfordert eine Just Transition, also einen sozial gerechten Übergang, der niemanden zurücklässt.

Wir wollen einen Grünen Deal mit „rotem Herzen“ für einen fairen Wandel. Die Klimakrise ist eine soziale Krise, die zuallererst jene trifft, die ohnehin von Armut und Ausgrenzung betroffen sind. Zusätzlich wissen wir, dass die Klimakrise nicht von allen gleichermaßen befeuert wird. Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung in der EU stoßen mehr CO₂ aus als die ärmeren 50 Prozent zusammen. Allein der CO₂-Ausstoß, den Superreiche mit ihren Privatjets im Jahr 2022 verursacht haben, ist mehr als die portugiesische Hauptstadt Lissabon gesamt emittiert. Wir engagieren uns für eine nachhaltige und klimaneutrale Zukunft mit „rotem Herz“. Nur wenn wir jetzt handeln, können wir ein klimagerechtes Europa für uns und künftige Generationen schaffen.

Der Weg zu einem klimagerechten Europa:

- Schaffung eines echten EU-Transformationsfonds - ausgehend von der Just Transition-Initiative - nach dem Vorbild des EU-Aufbaufonds zur Finanzierung wichtiger Investitionen, um Maßnahmen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen umzusetzen und den Weg zur CO₂-Neutralität zu verwirklichen und gut bezahlte, hochwertige Arbeitsplätze in Europa zu halten und zu schaffen.
 - Sicherstellung einer Just Transition: Ziel ist dabei, die Rechte der Arbeitnehmer*innen, ihren Lebensstandard und ihre soziale Absicherung zu erhalten und zu verbessern. Dafür braucht es einen Just Transition-Rechtsrahmen unter Einbindung von Gewerkschaften und Belegschaftsvertretung.
- Der schon vereinbarte Fonds für Schäden und Verluste durch die Folgen der Klimakrise muss rasch seine Arbeit aufnehmen, um die Folgen sozial abzufedern.
 - Verbot von Glyphosat und anderen Pflanzenvernichtungsmitteln, deren negative Auswirkungen auf die Gesundheit nicht ausgeschlossen werden können
 - Gute Umsetzung der EU-Richtlinie zum „Recht auf Reparatur“, um Abfall zu reduzieren und von der Wegwerfgesellschaft wegzukommen
 - Einführung einer Kerosinsteuer auf EU-Ebene
 - Verbot von Privatjets auf europäischen Flughäfen
 - Etablierung eines Schnellzugsystems, das die europäischen Hauptstädte verbindet
 - Alle europäischen Hauptstädte müssen mit Nachtzugverbindungen erreichbar sein.
 - Ehrgeizige und intelligente Investitionen in die europäische Infrastruktur, um die Voraussetzungen für ein modernes und nachhaltiges europäisches Verkehrssystem inkl. eines Europäischen Ticketing-Systems zu schaffen. Um einen gut funktionierenden öffentlichen Verkehr zu gewährleisten, müssen wir nicht nur die Kapazitäten erhöhen, sondern auch die Frequenzen sowie die geografische Abdeckung und Anbindung. Dabei müssen wir sicherstellen, dass die Bezahlbarkeit und Zugänglichkeit, insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Mobilität oder Behinderungen, gewährleistet ist.



Sicherheit und Respekt für arbeitende Menschen

Ein faires Europa für alle

Wir wollen ein Leben in Würde für alle und sehen die Gleichstellung der Geschlechter als Grundlage für die europäische Demokratie. Daher muss die Gleichstellung von Frauen und Mädchen noch weiter ausgebaut werden. Frauenrechte sind Menschenrechte.

Die bereits erreichten umfangreichen europäischen Gesetzespakete müssen nicht nur umgesetzt werden, sie sollten als Mindestmaß gelten. Die Covid-Pandemie hat viele Errungenschaften zunichtegemacht und die Rechten und Konservativen propagieren alte Rollenbilder und versuchen, Frauen zurück an den Herd zu drängen und queere Lebensrealitäten zu negieren.

Unser Ziel ist es, allen Menschen die finanzielle Unabhängigkeit und ein leistbares Leben zu ermöglichen. Die Rahmenbedingungen dafür müssen auch spezifisch für Frauen und queere Lebensrealitäten stimmen und daher ist trotz großer Schritte voran in der Gleichstellung und Diversität noch mehr für ein faires Europa zu tun.

Ein faires Europa für alle braucht:

- Eine Europäische Charta der Frauenrechte als Grundlage für alle Politikbereiche, vom Green Deal über Wirtschaftspolitik bis hin zu sozialer Sicherheit
- Schutz vor Altersarmut
- Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in den EU-Grundrechten

- Die EU-Länder müssen Abtreibungen vollständig entkriminalisieren
- Kostenlosen Zugang zu Vorsorge und Verhütung für alle Menschen
- Eine Stärkung der aktuell vor allem von Frauen ausgeübten, essentiellen Berufe, insbesondere der Pflege und im Bildungsbereich von den ganz Kleinen bis ins hohe Alter
- Beendigung der EU-Finanzierung für Anti-Choice-Gruppen
- Sexual- und Beziehungserziehung sollte für alle zugänglich sein.
- Konsensbasierte Definition von Vergewaltigung als europäische Straftat
- Anti-Gender-Bewegungen den Geldhahn aus Russland und den USA abdrehen

Ein Europa, das fair wirtschaftet und handelt

Am europäischen Binnenmarkt dürfen nicht Profitmaximierung und noch mehr Standortkonkurrenz das Ziel sein. Wenn wir das europäische Wohlstandsversprechen tatsächlich ernst nehmen, muss die EU garantieren, dass all ihre Bürger*innen am gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand teilhaben können. Wir wollen öffentliche Investitionen auf lokaler, regionaler, nationaler und auf EU-Ebene, um eine widerstandsfähige, nachhaltige und faire Wirtschaft zu entwickeln, die gute, hochwertige Arbeitsplätze schafft.

Dass sich die großen Konzerne mit aggressiven Steuertricks vor ihrer Verantwortung drücken, kostet Europa bis zu tausend Milliarden Euro jährlich an Steuereinnahmen. Eine unfassbare Summe und ein unhaltbarer Zustand! Das Geld fehlt in der Gesundheitsversorgung, in der Bildung und der Infrastruktur. Als Sozialdemokratie werden wir Steuersümpfe trockenlegen und große Unternehmen rechtlich dazu verpflichten, ihre Steuern dort zu bezahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Denn ein faires und demokratisches Europa ist nur finanzierbar, wenn auch Millionäre und Großkonzerne ihren fairen Beitrag leisten.

Doch wir haben auch außerhalb Europas eine Verantwortung. Während die Weltgemeinschaft extreme Armut seit 1990 um mehr als die Hälfte verringern konnte, ist Armut dennoch für rund eine Milliarde Menschen immer noch bittere Realität. Die Europäische Union ist die weltweit größte Geberin internationaler Hilfe – und darauf dürfen wir stolz sein.

Gegen die konservative und liberale Blockade konnte das EU-Lieferkettengesetz durchgesetzt werden. Das Lieferkettengesetz verpflichtet Unternehmen inner- und außerhalb der EU, Verantwortung für die Auswirkungen

ihrer Tätigkeiten auf die Menschenrechte und die Umwelt in ihren Tochtergesellschaften und Wertschöpfungsketten zu übernehmen, also für Kinderarbeit, die Ausbeutung von Arbeitskräften, die Verschmutzung der Umwelt, den Verlust der biologischen Vielfalt und einiges andere mehr. Dieses Gesetz ist ein Meilenstein, um einen faireren Handel zu ermöglichen. Entwickeln wir es gemeinsam weiter!

Die sozialdemokratische Fraktion setzt sich dafür ein, dass die EU ihre globale Führungsrolle und ihr starkes Engagement für Entwicklungsprogramme und wirksame humanitäre Hilfe beibehält. Die aktuelle Handelspolitik der EU erschwert es jedoch, Ziele im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen.

Wir müssen weg von weiteren Liberalisierungen, unfairer Wettbewerb und dem Credo „Der Markt regelt alles“. Wir sind für zivilisierte Märkte und den freien Handel, solange er fair abläuft. Arbeitnehmer*innenrechte sowie Umwelt- und Sozialstandards müssen genauso durchsetzbar werden wie Zollerleichterungen und der Abbau von Handelshemmnissen. Nur mit gerechten Handelsabkommen können wir steigender Ungleichheit, schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie der Umweltzerstörung entgegenreten.

Für eine faire europäische Wirtschaft und ein souveränes Europa:

- Wir wollen einen Investitionsplan für den grünen und digitalen Wandel, um neue Arbeitsplätze zu schaffen sowie unsere Wirtschaft innovativ, wettbewerbsfähig und kreislauffähig zu machen.
- Wir wollen die Souveränität Europas stärken, indem wir durch Investitionen, internationalen Handel und vorausschauende Politik für Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit bei Energie, Rohstoffen,

- Technologien, Medikamenten und Nahrungsmitteln sorgen.
- Wir wollen eine „Made in Europe“-Strategie und eine gemeinsame Finanzierung für Projekte von gemeinsamem Interesse in Europa.
 - KMU, Selbstständige, Start-ups, Genossenschaften und sozialwirtschaftliche Unternehmen sind unverzichtbar und müssen unterstützt werden.
 - Großkonzerne, große Digitalunternehmen und Superreiche müssen in Europa und auf der ganzen Welt ihren gerechten Anteil zahlen, indem effektive Steuern auf Unternehmen, Zufallsgewinne, Digitalkonzerne, Finanztransaktionen und besonders hohe Privatvermögen erhoben werden.
 - Wir setzen uns dafür ein, dass die Steuern dort gezahlt werden, wo auch die Gewinne erwirtschaftet werden. Dafür brauchen wir eine einheitliche europäische Körperschaftsteuer von mindestens 25 Prozent sowie die Harmonisierung der Bemessungsgrundlage, um Steuerschlupflöcher zu schließen.
 - Einführung einer gerechten Finanztransaktionssteuer, um Hochfrequenzhandel einzudämmen und Spekulationsgewinne abzuschöpfen
 - Wir kämpfen gegen Steuerbetrug und Steuersümpfe innerhalb und außerhalb der EU und wollen eine Ausweitung qualifizierter Mehrheitsbeschlüsse in Steuerangelegenheiten durchsetzen. Wir brauchen auch ein Transparenzregister mit automatischem Info-Austausch sowie eine Ausweitung der Übergewinnsteuer, die derzeit nur vom Energiesektor verlangt wird, auf alle Sektoren, die von Zufallsgewinnen profitieren, zumindest aber auf den Banken- und Rüstungssektor.
 - Verpflichtung nationaler Behörden zur Zusammenarbeit beim grenzüberschreitenden Vollzug gegen betrügerische Unternehmen
 - Verbindliche sanktionsbasierte Nachhaltigkeitskapitel in Handelsverträgen, um Arbeitnehmer*innenrechte sowie Umwelt- und Sozialstandards zu garantieren
 - Lieferkettengesetz nachschärfen: Klare Verbindlichkeiten und Sanktionen in allen Bereichen, Ausweitung des Wirkungsbereichs und ein Schließen aller Schlupflöcher
 - Gesellschaftlichen Fortschritt nicht nur dem Markt überlassen, sondern mit dem Ausbau zukunftsorientierter öffentlicher Investitionen (Goldene Investitionsregel) und sozial-ökologisch ausgerichteter, ambitionierter Industriepolitik aktiv gestalten.
 - Während zunächst China und später die USA mit dem Inflation Reduction Act kraftvolle industriepolitische Initiativen setzten, droht die Industrie in der EU ins Hintertreffen zu geraten. Mit dazu beigetragen hat auch die Energiekrise, die die EU vergleichsweise stärker getroffen hat. Mittlerweile findet ein schleichender Deindustrialisierungsprozess statt; damit geht der Verlust von hochqualitativen und gut bezahlten Arbeitsplätzen einher. Dieser Prozess muss durch ebenso kraftvolle industriepolitische Initiativen EU-weit gestoppt und umgekehrt werden. Eine solide industrielle Basis erhöht den Wertschöpfungsanteil in der EU und sichert Arbeitsplätze.
 - Für die nächste Periode der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP 2028+) muss die Einhaltung von

menschenwürdigen Arbeits-, Entlohnungs- und Unterbringungsbedingungen neben Umwelt- und Klimaschutz beim Bezug von Agrarsubventionen umfassender und wirksamer geregelt werden. So können auch unfaire Wettbewerbsbedingungen zwischen landwirtschaftlichen Betrieben, die sich an Arbeits- und Sozialrecht halten, und jenen, die dagegen verstoßen, verringert werden.

- Wir wollen eine europäische Gesamtstrategie für den Umgang mit Künstlicher Intelligenz und Digitalisierung. Dabei geht es insbesondere um die Fragen von Datenschutz, vorausschauende Gesetzgebung und Regulierung, das Recht auf Weiterqualifizierung und Fortbildung sowie die Schaffung einer EU-Richtlinie, die den Einsatz von KI am Arbeitsplatz regelt.

Fiskalregeln und Ende der Austeritätspolitik

Vor mehr als zehn Jahren sind viele Länder der Eurozone in die Rezession geschlittert. Auslöser dafür waren unter anderem überaus strenge Fiskalregeln: mit drastischen Sparmaßnahmen wurde versucht, die teilweise hohe Staatsverschuldung nach unten zu bringen. Kürzungen erfolgten insbesondere im Gesundheitsbereich, in der Pflege, bei Bildung und Erziehung. Das betraf vor allem Frauen. Diese Austeritätspolitik führte auch zu weitreichenden Arbeitsmarktreformen, die Flexibilisierung und Liberalisierung begünstigten, vor allem zugunsten der Arbeitgeber*innen. Dies führte europaweit auch zu einem Anstieg befristeter und atypischer Beschäftigungsverhältnisse.

Nachdem die strengen Fiskalregeln während der Pandemie und Energiekrise ausgesetzt waren, wurden die Fiskalregeln nun reformiert. Sie sind

zwar jetzt weniger streng als die bis zur Pandemie gültigen Regeln, aber dennoch viel zu restriktiv. Dies ist angesichts der großen klima- und industriepolitischen Herausforderungen, vor denen die EU steht, sehr problematisch. Die seit Jahrzehnten diskutierte zentrale Forderung nach einer Goldenen Finanzierungsregel, bei der Zukunftsinvestitionen aus den Staatsausgaben herausgerechnet werden, wurde nicht erfüllt. Die Schätzungen zum öffentlichen Finanzierungsbedarf für Klimaschutzinvestitionen variieren stark; als Untergrenze können etwa jährlich 1,6 Prozent des BIP gesehen werden. Wenn nun öffentliche Zukunftsinvestitionen getätigt werden, geht das eindeutig zu Lasten unserer sozialen Sicherungssysteme. Die Fiskalregeln sind daher ein Vehikel, um den europäischen Sozialstaat abzubauen.

Wir fordern:

- Keine Austeritätspolitik, öffentliche Investitionen dürfen nicht zu Lasten des Sozialstaats getätigt werden!
- Umsetzung der Goldenen Finanzierungsregel
- Einrichtung eines EU-Transformationsfonds

Für ein neutrales Österreich in einem geeinten Europa

Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Der Terrorangriff der Hamas gegen Israel am 7. Oktober zeigt, dass Antisemitismus und Terrorismus nach wie vor eine tödliche Gefahr darstellen. Auch der Krieg im Nahen Osten stellt eine neuerliche Eskalation dar und rückt eine friedliche Lösung für die Menschen in Israel und Palästina in die Ferne. Ein Flächenbrand im Nahen Osten ist eine reale Gefahr und muss verhindert werden. Dazu braucht es diplomatische Perspektiven. Wir bekennen uns zur humanitären Unterstützung der Ukraine sowie zur Notwendigkeit eines nachhaltigen Wiederaufbaus. Wir unterstützen eine internationale Friedenskonferenz, um eine gerechte Zweistaatenlösung für Israel und die Palästinenser*innen zu erreichen, die die Rechte und Pflichten beider Völker respektiert. Wir unterstützen Initiativen, die zu einem nachhaltigen Waffenstillstand führen und engagieren uns dafür, dass die Forderungen des UN-Sicherheitsrates nach einer sofortigen Waffenruhe im Gazastreifen und der umgehenden und bedingungslosen Freilassung der Geiseln sowie mehr humanitäre Hilfe und der Schutz der Zivilist*innen in Gaza umgesetzt werden.

Österreich ist ein neutrales Land und wir halten den Wert der Neutralität hoch. Bei Verletzungen des Völkerrechts, von Menschenrechten und demokratischen Grundrechten werden wir genau deshalb politisch unsere Stimme erheben. Unsere militärische Neutralität ist Garant dafür, uns für den Schutz und für die Förderung von Demokratie und Menschenrechten weltweit einzusetzen.

Die Europäische Union muss auch den Nachbarstaaten gezielt Perspektiven und Partnerschaften bieten, um Europa nicht zu einer abgeschotteten Fes-

tung in einer Welt der explodierenden Krisen verkommen zu lassen.

Wir wollen:

- Einsatz der EU als Trägerin des Friedensnobelpreises für Frieden und einen verstärkten Dialog der Weltmächte, um Lösungen für Konflikte zu finden und Stabilität zu garantieren
- Ausbau des EU-Katastrophenschutzes in eine echte EU-Kriseneinheit für humanitäre Soforthilfe in Kriegs-, Konflikt- und Katastrophengebieten
- Die Garantie für ein neutrales Österreich innerhalb der EU: Aktive Rolle der EU zur Überwindung kriegerischer Konflikte und Unterstützung bei der friedlichen Beilegung, daher keine Teilnahme Österreichs an einem EU-Heer



Humanismus und klare gemeinsame Regeln

Ordnung ins europäische Asylsystem bringen

Wir wollen die Asyldebatte versachlichen und auf Lösungen fokussieren. Asyl ist ein Menschenrecht. Wer aus seiner Heimat flüchtet, muss in einem demokratischen Europa ein faires Verfahren bekommen.

Doch es braucht Reformen. Um die Asyl-Antragszahlen in Österreich zu senken, gibt es ein Mittel: die solidarische europäische Verteilung, gegen die sich FPÖ und ÖVP stellen. Im Jahr 2022 hätte Österreich damit fast 100.000 Asylwerber*innen weniger aufnehmen müssen. Um die Zahl der Asylsuchenden europaweit nachhaltig zu senken, muss Europa auch in anderen Regionen der Welt für Frieden, Stabilität und eine starke Wirtschaft sorgen. Dazu muss die EU auf Augenhöhe mit afrikanischen und Ländern im Nahen Osten zusammenarbeiten. Dass ÖVP und FPÖ lieber mit Orban kooperieren, der mit seinem unsolidarischen Verhalten für die hohen Antragszahlen in Österreich verantwortlich ist, löst kein einziges Problem.

Wir wollen ein europäisches Asyl- und Migrationssystem, das folgende Ziele erreicht:

- Die Zahl der irregulären Ankünfte reduzieren und das Sterben auf den Fluchtrouten beenden
- Die Einigung auf Basis von Solidarität und EU-Recht umsetzen
- Illegale Push-Backs beenden
- Effiziente und standardisierte Asylverfahren

- Die Verhandlung von Rückführungsabkommen mit Herkunfts- und Transitländern unter Wahrung der Grund- und Menschenrechte

Dazu braucht es:

- Solidarische Verteilung von Asylberechtigten
- Kooperation auf Augenhöhe mit afrikanischen und Ländern im Nahen Osten
- Politik der aktiven Rechtsdurchsetzung auf EU-Ebene
- EU-Asylum-Centers, in denen Asylanträge außerhalb Europas gestellt und bearbeitet werden können, um legale Flucht zu ermöglichen und irreguläre Migration im Vorhinein zu unterbinden

Politik der aktiven Rechtsdurchsetzung im Asylbereich auf EU-Ebene

Eine europäische Lösung im Asylbereich scheitert nicht daran, dass es keine Regeln gibt. Sie scheitert daran, dass sich einige Länder wie Griechenland und Ungarn nicht daran halten wollen und die Europäische Kommission das sanktionslos hinnimmt. Die gemeinsamen Standards müssen eingehalten werden. Das werden wir einmahnen.

Die europäische Demokratie stärken

In einigen Mitgliedsstaaten beobachten wir schon seit Jahren, wie der Rechtsstaat abgebaut und die Demokratie untergraben wird. Angriffe auf die Unabhängigkeit von Richter*innen, Journalist*innen und die Diskriminierung von Minderheiten – egal ob aufgrund der Herkunft oder der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität – dürfen in einer Wertegemeinschaft keinen Platz haben, sondern müssen klar und wirksam bekämpft werden.

Die Europäische Union wird aber nicht nur von innen, sondern auch von außen mit Desinformation, Fake News oder durch die illegale Finanzierung extremistischer Parteien attackiert. Diesen Angriffen durch staatliche wie nicht-staatliche Akteure dürfen wir nicht tatenlos zusehen, sondern müssen robuste gesetzliche Normen schaffen, um den demokratischen Willensbildungsprozess vor Manipulation zu schützen.

Wir wollen die Demokratie in Europa auch auf institutioneller Ebene stärken und ausbauen: Nur ein Europa der Bürger*innen, die über nationale Grenzen hinweg aktiv politisch mitgestalten können, besitzt die notwendige demokratische Legitimation, um nach außen geeint aufzutreten und mit einer starken Stimme zu sprechen.

Wir fordern:

- Die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit auf allen Ebenen mit einem vertrauenswürdigen Justizsystem, wirksamen Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung sowie Medienfreiheit und Pluralismus
- Effektiver Rechtsstaatlichkeitsmechanismus in der EU
- Eine starke europäische Initiative gegen Ungleichbehandlung und Diskriminierung
- Umsetzung und Weiterführung der LGBTIQ+ Strategie
- Wirksames europäisches Vorgehen gegen Angriffe auf Grund-, Menschen- und Freiheitsrechte in einzelnen Mitgliedsstaaten
- Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Europäischen Rat in Steuerfragen hin zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen, um die EU handlungsfähiger zu machen
- Einführung transnationaler Listen für die Wahlen zum EU-Parlament sowie eines Spitzenkandidat*innen-Systems, bei dem die stimmenstärkste Fraktion die Präsidentin bzw. den Präsidenten der Europäischen Kommission stellt
- Schaffung des Initiativrechts des Europäischen Parlaments
- Verschärfung der Regelungen in Bezug auf Lobbyismus, um Transparenz zu gewährleisten
- Ausbau von demokratischer Beteiligung für Bürger*innen

SPÖ